The present two collections of papers provide convenient introduction to various aspects of the new régime's drive for 'modernisation', the perennial goal of Chinese reformers since the Opium War of 1840–42.

The cardinal changes initiated by the group around Deng Xiaoping, in a move away from Maoist dogma, concern the decollectivisation of agriculture, the increased autonomy in the decision-making of industrial enterprises and the restoration of a more meritocratically oriented system of higher education. As a result of these measures large sections of the population suddenly found their status diminished and their hopes of advancement sharply reduced: The armed forces where technical expertise became more highly valued than the guerilla's ardour, the bureaucracy emphasising managerial skills before ideological fidelity, and the new rigour in education policies barring from higher education numerous graduates from low-quality Maoist educational establishments – they all released new potential for development but also offended important interest groups in Chinese society. In addition to these conflicts, the relaxation of some controls by Party and government over the 'masses' constantly bred demand for more, unlicensed, freedoms and set the CCP on a precarious course between the devil of Maoism and the deep blue sea of 'liberalisation' as a creeping dilution of Party autocracy.

The papers, read at conferences in Chicago in November 1981 (Ginsburg & Lalor) and in Tübingen in June 1982 (Bechtold et al.), present concise, often pointedly formulated, analyses of the new policies in agriculture, industry, education, demography, science and technology, defence and foreign affairs. The Tübingen papers, as part of a wider series dealing with developing countries, include extensive discussion of agricultural reforms and problems of farming technology and land use.

Wolfgang Kessler

Albrecht von Gleich/Rainer Godau/Michael Ehrke

Mexiko – Der Weg in die Krise

Rüegger Verlag, Diessenhofen, 1983, 187 S.

Mit diesem Sammelband wird der Versuch gewagt, ausgehend von einem inhaltlich noch durchaus optimistischen Vortrag des Präsidenten des Colegio de México, Víctor Urquidí, gehalten in Hamburg Februar 1981 (S. 18–39) zum Thema Erdöl, die einzelnen Aspekte für Wirtschaft und Politik durch deutsche Sachkenner mit dem Erkenntnisstand Anfang 1982 weiterverfolgen zu lassen. Die Herausgeber sind damit bewußt das Risiko eingegangen, daß die einzelnen Beiträge die Krise Mexikos 1982/3 nicht in ihrer aktuellen Bedeutung haben berücksichtigen können. Die Untersuchungen verstehen sich daher nicht mehr als Prognose, sondern als Erklärung für den derzeitigen wirtschaftlichen Kollaps Mexikos. Die sehr gut lesbaren und fundierten Beiträge vermögen in der Tat, den von der rasanten Entwicklung in die Krise überraschten Leser zu informieren und ihm Hintergrundmaterial an die Hand zu geben.

Die Ausgangsannahme, Mexiko sei (noch) kein »petrolisiertes« Land (so Urquidi, S. 37, aber auch noch Wolfgang König, S. 60) ist indes nicht erst aus heutiger Sicht unzutreffend: Mexiko *ist* wie der Vorgänger Iran und heute vergleichbar Nigeria und Venezuela ein petrolisiertes Land, denn seit 1974 ist Mexiko in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft abhängig von der sich gleichsam verselbständigenden Mono-Ressource Erdöl (dazu bringt Gabriela Comel, S. 40–60, das Zahlenmaterial).

Haupthindernis einer Entwicklung ist auch für Mexiko die Bevölkerungsexplosion (1960: 36,0 Mio., 1970: 48,2 Mio., 1980: 67,4 Mio. Einwohner) mit dem Ergebnis, daß 1980 43 % der Bevölkerung unter 14 Jahren alt waren (4. Bericht López Portillo v. 1. 9. 1980). Solange in der Phase des sog. Wirtschaftswunders das Wirtschaftswachstum mit über 6 % Bruttoinlandsprodukt größer als der jährliche Bevölkerungszuwachs von unter 3 % war,¹ hatte dies zunächst noch keine sichtbaren pejorativen Auswirkungen. Jetzt, mit dem Hineinwachsen von Millionen in das Berufsalter gibt es gleich zwei weitere Probleme, einmal das der Arbeitslosigkeit (dazu Michael Domitra, S. 76 ff.) und zum anderen das der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, da der Agrarsektor sträflich vernachlässigt worden war (Rainer Godau, S. 92 ff., beschäftigt sich intensiv mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage des »anderen«, d. h. des vernachlässigten Mexikos). Echeverría (1970–1976) sah durchaus das demographische Problem mit seinen Folgen (5. Bericht v. 1. 9. 1975): Das ambitionöse Programm eines »desarrollo compartido«² sollte durch die steigenden Erdölerlöse finanziert werden, das Erdöl wurde zum »Angel-punkt der Entwicklung«. Steigende (OPEC-)Erdölpreise, neue Erdöllagerfunde in Yucatán und Chiapas und hochschnellende Produktion (alles ab 1974) führten Mexiko in die Abhängigkeit des Erdöls. Eine geradezu »entfesselte« Wirtschaftspolitik betrieb Jorge Díaz Serrano, der Generaldirektor der PEMEX, als geheimer Staatspräsident, der wie ein Handelsminister Verträge aushandelte und wie ein Finanzminister über Staatseinnahmen verfügte. Seine Hybris wurde auch für Außenstehende deutlich, als Díaz in einem »Spiegel«-Interview vom 16. 7. 1979 allen Ernstes Mexikos Entwicklung in Richtung auf die USA und die UdSSR sah!

Die industrie- und finanzpolitischen Aspekte des nachfolgenden Sexeniums 1976–1982 unter López Portillo werden unbeschönigt von Michel Ehrke (S. 135 ff.) dargestellt. Ihm ist es gelungen, die Zwangsläufigkeit des Weges in die Krise geradezu bedrückend aufzuzeigen. Sein Beitrag schließt mit einem realistischen Szenario des Verfalls des derzeitigen politischen Systems ab. Volker Lehr (S. 123 ff.) trägt zu dieser Seite der innenpolitischen Szene mit einer knappen Auswertung der Deputierten- und Präsidentenwahl von 1982 bei, wobei er zutreffend auf den seit Jahrzehnten geringsten Legitimationsgrad (Zustimmung aus der Zahl der Wahlberechtigten) von nur 53 % für den neuen Präsidenten de la Madrid H. hinweist. Die beteiligten politischen Parteien werden kommentarlos eingeführt. Tatsächlich war etwa der Partido Socialdemócrata (PSD) des Luis Sánchez nichts als eine Phantasmagorie, diese Partei war trotz ihres Getöses in den Medien im Lande nicht existent (El Día v. 28. 6. 1982).

1 *Angeles*, Crisis y coyuntura de la economía mexicana, México 1978, S. 13.

2 *Alvarez Uriarte*, in: Foro Internacional Nr. 87 (Jan.–März 1982), S. 247 ff. (252 ff.).

Die außenpolitische Lage Mexikos im internationalen Kontext, gemeint ist der innerhalb des amerikanischen Doppelkontinents, schildert abschließend Klaus Eßer (S. 158 ff.) mit der Prognose, daß in den nächsten Jahren die Aufschließung des subregionalen Wirtschaftspotentials, die Stabilisierung der Nachbarländer im Süden, die Ausweitung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu anderen teilindustrialisierten Ländern im Mittelpunkt stehen werden (S. 174). Diese generelle Beurteilung wird – mit unterschiedlichen Gewichtungen – sicherlich immer zutreffend sein, denn Mexiko kann und wird nicht länger außenpolitisch abstinert sein: Die vorsichtige Subventionspolitik mittels Erdöllieferverträge mit zentralamerikanischen Staaten, die bisherige (Erdöl-)Achse Venezuela – Mexiko und das Drängen der USA, Mexiko als Mittelmacht ins außenpolitische Spiel zu bringen, bleiben angesichts der kriegerischen Verhältnisse in der Region nicht ohne Ergebnis. Das Engagement der Contadora-Gruppe zeigt augenfällig, daß Mexiko und Venezuela als die nördlichen und südlichen Anrainerstaaten der Karibik notgedrungen das sind, was sie nicht sein wollen: Karibische Mittelmächte.

Gerhard Scheffler

F. M. Auburn

Antarctic Law and Politics

C. Hurst & Company, London, 1982, 361 S., £ 19,50

In den letzten fünf Jahren erwachte weltweit ein neues Interesse an der Antarktis. Neben die wissenschaftliche Grundlagenforschung treten nun die Erforschung und mögliche Ausbeutung der lebenden und mineralischen Schätze. Alte und neue Hoheitsansprüche der antarktischen Staaten können nur mühsam unter Kontrolle gehalten werden, und Mitbenutzungsansprüche anderer Interessenten, einschließlich wichtiger Länder der Dritten Welt, treten hinzu. Auburns Monographie von 1982 steht gleichsam am Beginn dieser neuen internationalen Auseinandersetzung, die durch den Falkland-Konflikt und das wachsende Interesse der Vereinten Nationen zusätzliches Gewicht gewinnt. Unter den vielen neuen Veröffentlichungen über die Antarktis ragt diese solide, abgewogene, völkerrechtlich-politische Gesamtdarstellung weit hinaus. Der Verfasser, der wegen seiner neuseeländisch-australischen Herkunft und seiner früheren Veröffentlichungen eine besondere Affinität zum sechsten Kontinent hat, vermeidet erfolgreich jegliche Parteinahme. Das Buch ist deshalb für Fachleute aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung, gerade auch der Dritten Welt, gut geeignet, um sich ein Bild von der schwierigen Rechtslage und künftigen Entwicklung der Antarktis zu machen.

In einer komprimierten Einführung kann sich der Leser über die geographische Ablegenheit, die lebens- und nutzungsfeindlichen Naturbedingungen und über die bisherigen Nutzungsarten informieren. Im übrigen finden sich die dem durchschnittlichen Leser vielleicht nicht immer vertrauten Fakten im rechtlichen Zusammenhang dort dargestellt, wo sie hingehören. Vier Karten mit Land- und Seegrenzen und 60 Seiten Texte der